

XXIII. GP.-NR

2016 /J

12. Nov. 2007

## ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend Stellenbesetzungen in Ministerien und im staatsnahen  
Unternehmensbereich

Die Stellenbesetzungspraxis der alten Bundesregierung war ein viel diskutiertes  
öffentliches Thema. Mit einigen Postenneubesetzungen bzw. Postenablösungen hat  
auch die neue Bundesregierung Aufmerksamkeit erregt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### ANFRAGE:

1). Welche und wie viele Stellen in Ihrem Ministerium und den nachgeordneten  
Dienststellen wurden seit 1.1. 2006 bis zum Amtsantritt der neuen Bundesregierung  
mittels

- a) Sonderverträgen
- b) Arbeitsleihverträgen

neu besetzt bzw. geschaffen?

2). Welche dieser Stellen enthalten bzw. enthielten Bezugsvereinbarungen, die ein  
jährliches Bruttogehalt von 70.000 Euro übersteigen?

3). Bei welchen und wie vielen Stellen wurden sonstige Sonderkonditionen  
vereinbart und wie lauten diese Sonderkonditionen?

4). Welche und wie viele der unter 2). abgefragten Stellen sind mit 5 Jahren (oder  
kürzer) befristet?

5). Welche und wie viele Stellen in Ihrem Ministerium und den nachgeordneten  
Dienststellen wurden seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung mittels

- a) Sonderverträgen
- b) Arbeitsleihverträgen

neu besetzt bzw. geschaffen?

6). Welche dieser Stellen enthalten Bezugsvereinbarungen, die ein jährliches  
Bruttogehalt von 70.000 Euro übersteigen?

7). Bei welchen und wie vielen Stellen wurden sonstige Sonderkonditionen vereinbart und wie lauten diese Sonderkonditionen?

8). Welche und wie viele der unter 6). abgefragten Stellen sind mit 5 Jahren (oder kürzer) befristet?

9). Welche Vorstands- bzw. Geschäftsführungspositionen im staatsnahen Unternehmensbereich, für die Ihr Ressort nach dem Stellenbesetzungsgegesetz 1998 zuständig ist, wurden seit Beginn 2006 neu besetzt und wann?

10). Welche dieser Positionen wurden mit der kürzestmöglichen Frist von 1 Monat ausgeschrieben?

11). Wurde für die Auswahl der Positionen nach Frage 9). ein Beratungsunternehmen beigezogen? Wenn ja, in welchem Fall, welches und mit welchen Kosten?

12). Entsprechen die Verträge der Vertragsschablonenverordnung? Wenn nein, welche nicht?

13). Wurden die Verträge gemäss Frage 9.) unter fachlicher Beratung nach § 7 Stellenbesetzungsgegesetz erstellt? Wenn ja, von welchen Beratern und mit welchen Kosten?

14). Welche und wie viele Positionen nach Frage 9.) bzw. sonstige Positionen im Unternehmen enthalten Bezugsvereinbarungen, die ein jährliches Bruttogehalt von 70.000 Euro übersteigen?

15). Erfolgte in allen Fällen von Neubesetzung seit 1.1. 2006 gemäss Frage 2), 5). und 9.) bzw. wo dies sonst gesetzlich vorgeschrieben ist, eine Stellenausschreibung? In welchen Fällen nicht und aus welchen Gründen?

16). Welche und wie viele Personen in Ihrem Ministerium bzw. in Bereichen, für die Ihr Ressort nach dem Stellenbesetzungsgegesetz zuständig ist (gemeint sind Positionen auf Vorstands- bzw. Geschäftsführungsebene bzw. ab Abteilungsleitung), wurden seit Beginn 2006 gekündigt, aus ihren Verträgen einvernehmlich oder einseitig entlassen bzw. an andere Positionen in Ihrem Wirkungsbereich versetzt?

17). Mit welchen Konditionen wurden Personen gemäss Frage 16). aus ihren Verträgen (einvernehmlich oder einseitig) entlassen?

18). Welche Kosten sind in den einzelnen Fällen gemäss Frage 16). für Ihr Ressort bzw. Bereiche, für die Ihr Ressort zuständig ist,

- a) im einzelnen und
- b) im gesamten seit 1.1.2006 bis zur Regierungsbildung bzw. nachher an- gefallen?